

Nur «zwei verdammte Mails»?

Die SP lanciert den Abwehrkampf für Alain Berset und verdächtigt die SVP einer Verschwörung

DAVID BINER UND CHRISTINA NEUHAUS

Alain Berset kämpft weiter. Und mit ihm seine Partei. Zuerst sprang Fabian Molina für seinen Bundesrat in die Bresche. Dann äusserte sich am Freitagabend erstmals ein Mitglied des Parteipräsidiums zum Fall. Jacqueline Badran wurde am Freitag quasi als Pflichtverteidigerin in die SRF-Sendung «Arena» eingeladen. Und sie plädierte für Freispruch.

Die Informationen, die Lauener an Walder weiterreichte, stuft sie als damals öffentlich zugängliches Allgemeinwissen ein. Zudem sei das Departement Berset in jener Zeit unter Dauerstress gestanden. Badran macht mildernde Umstände geltend für die harten Corona-Kerle. Und sowieso: Die Kritik an Berset sei ein «Sammelsurium von Unterstellungen auf der Grundlage von zwei verdammten Mails».

Neue Fetzen aus Mail-Verkehr

Was Badran nicht wissen konnte: Kaum war die «Arena»-Sendung ausgestrahlt, legte die «Schweiz am Wochenende» nach. Sie veröffentlichte weitere Fetzen aus dem Mail-Verkehr zwischen Lauener und Walder, allesamt im Zusammenhang mit den Corona-Massnahmen des Bundesrats («freundliche Grüsse auch von Bundesrat Berset»).

Es geht um Mehrheiten im Bundesrat, die nicht realistisch seien. Um fehlerhafte Zahlen und Kommunikationspannen beim Bundesamt für Gesundheit, über die Lauener «extrem hässig» sei. Es geht um neue Funktionen der SwissCovid-App. Es geht mutmasslich auch um Anregungen von Walder, die auf die Sitzung (des Bundesrats?) «wohl kaum mehr Einfluss» haben, aber von Lauener gleichwohl als «interessant und nützlich» gelobt werden. Und alles ist «wie vereinbart», «vertraulich vorab», und: «Ich halte Sie auf dem Laufenden.»

«Bundesrat Berset findet Ihren Interview-Vorschlag interessant», schreibt Lauener etwa an Walder. In einer anderen Mail schreibt der Kommunikationschef: «Nächste Woche stehen wichtige Entscheide an. Wenn es Ihnen dient, kann ich gerne einen Austausch mit Bundesrat Berset gegen Ende Woche organisieren.» Interessant ist auch der Zeitrahmen, in denen die bekanntgewordenen Mails publiziert worden sind. Die Standleitung zwischen Betserts Vorzimmer und Ringiers Chefetage hält an von November 2020 bis Januar 2022.

Jedes einzelne Mail-Schnipsel löst Fragen aus. Doch die SP scheint fest entschlossen, die Sache mit ihrem Bundesrat auszusitzen – zumindest bis zu den Parlaments- und Bundesratswahlen Ende Jahr. Bis dahin soll die Verteidigungslinie halten:

1. Unwissen: So wollte der ausserordentliche Staatsanwalt Peter Marti,



Der Druck auf Alain Berset nimmt weiter zu.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

der erst die Crypto-Affäre und nun auch die E-Mail-Affäre aufklären soll, von Bundesrat Berset wissen, wie er sich erkläre, dass sein engster Mitarbeiter «immer wieder vertrauliche Informationen», «gerade im Bereich der Covid-Massnahmen» an den CEO der Ringier-Gruppe geschickt habe. Berset: «Ich weiss es nicht.»

2. Selbstviktimsierung und Verschwörungstheorie: Berset sieht sich als Opfer der Medien, der politischen Gegner, der «dritten Gewalt» und auch seiner Bundesratskollegen. «Ich konnte während der Pandemiezeit praktisch nie ein Geschäft in den Bundesrat bringen, bei dem nicht schon vor der Bundesratssitzung direkte Informationen geleakt worden waren», sagte Berset dem Sonderermittler.

Wir nicht, die auch

Das passt zu einem Narrativ, das der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth bereits seit zwei Jahren pflegt: Berset ist ein Opfer, und der Feind sitzt rechts. In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» von Januar 2021 deutete Wermuth klar in Richtung SVP:

Wermuth: «Was Alain Berset betrifft: All die Indiskretionen zeigen, wie systematisch versucht wurde, seine Politik zu sabotieren, bevor er überhaupt Beschlüsse fassen konnte. Es ist klar, woher das kommt.»

«Sonntags-Blick»: «Sie meinen die SVP?»

Wermuth: «Der SVP-Faktionschef Thomas Aeschi veröffentlicht inzwischen Abstimmungsresultate direkt aus den Regierungssitzungen. So kann keine Kollegialregierung arbeiten.»

Die SP ist also der Überzeugung, dass ihr Bundesrat selbst Opfer von gezielten Indiskretionen wurde. Die Gegenstrategie ist clever und teilweise wohl berechtigt. Während der Pandemie rann es überall: auch in den anderen Departementen, bei den Kantonen sowieso. Nicht immer kamen Berset und seine Leute gut weg.

Doch wen hat die SP-Spitze konkret im Verdacht, ein Interesse an der Aufdeckung der diversen Berset-Affären zu haben? Kürzlich brachte die «Wochen-Zeitung» einen Bericht, in dem deutlich auf Alexia Heine, die Präsidentin der Aufsichtsbehörde der Bundesanwaltschaft (AB-BA), gezeigt wurde. Es war die AB-BA, die den ersten Sonderermittler, Peter Marti, ausdrücklich ermächtigte, seine Ermittlungen in Sachen Crypto-Affäre auf die mutmasslichen Indiskretionen im Fall Berset und Lauener auszuweiten.

Die Indizienkette des Autors geht so: Alexia Heine ist die Frau des SVP-Werbers Alexander Segert, der dank dem Badge des Zürcher SVP-Nationalrats und GPK-Mitglieds Alfred Heer ins Bundeshaus darf. Heer wiederum kennt den Sonderermittler Peter Marti

aus Zürcher Kantonsratszeiten, und alle kennen den stets gut informierten «Weltwoche»-Autor Christoph Mörgele. Beweise hat der Autor keine, deshalb hängt er seinem Text eine Relativierung an: Natürlich könne es sein, dass die Beteiligten nie ein Wort zum Fall gewechselt hätten. Die persönlich-politische Nähe sei für derart heikle Untersuchungen dennoch skandalös.

Auf Anfrage der NZZ sagt Alfred Heer, er könne auch nichts dafür, dass er vor 20 Jahren gleichzeitig mit Marti im Zürcher Kantonsrat gesessen habe. Den letzten und einzigen Kontakt mit dem heutigen Sonderermittler habe er seither im Rahmen der Crypto-Affäre in seiner Funktion als Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation gehabt. Alexia Heine kenne er höchstens entfernt, und Segert besitze den Bundeshaus-Badge aus Zeiten, als Heer Präsident der Zürcher SVP und Segert der Hauptwerber der Partei gewesen sei.

Peter Marti bestätigt Heers Aussagen zu seiner Person, und sagt, er sei seit 2019 nicht mehr Mitglied der SVP. Auch habe er sicher mit niemandem der Genannten über seine Ermittlungen gesprochen.

Alexia Heine versichert, dass sie selbstverständlich zu jeder Zeit die von Amtes wegen gebotene Distanz zu allen Verfahrensbeteiligten gewahrt habe. Sie erinnert zudem daran, dass die Ernennung von Peter Marti zum ausserordentlichen Staatsanwalt noch unter dem Präsidium des Grünen Hanspeter Uster erfolgt sei.

Heine: «Nach deren Ernennung sind die ausserordentlichen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte alleine für die Vorbereitung und Durchführung der Verfahrenshandlungen zuständig. Sie sind gegenüber der AB-BA unabhängig. Weder die AB-BA als Behörde noch einzelne ihrer Mitglieder sind in die Verfahren involviert.» Die Erweiterung des Mandates von Peter Marti, nach der Crypto-Affäre auch die Causa Lauener zu untersuchen, sei am 1. März 2022 gemäss dem Grundsatz der Verfahrenseinheit erfolgt; dies, nachdem Marti im Rahmen seiner Ermittlungen auf Hinweise für weitere Amtsgeheimnisverletzungen gestossen sei. Und was ihre Ehe betreffe: «Mein Mann und ich wahren die gebotene Vertraulichkeit in allen meinen beruflichen Angelegenheiten.»

Alexander Segert sagt: «Es war meiner Frau und mir von Anfang an ihrer Wahl als Kantonsrichterin, als Bundesrichterin und natürlich auch seit ihrer Wahl in die AB-BA klar, dass die Medien unsere Beziehung besonders beobachten werden. Deshalb haben wir von Anfang an strikt und konsequent auf die Wahrung der Vertraulichkeit geachtet, die unsere beiden Berufe mit sich bringen.»

Der Versuch, aus der Ehe zwischen ihm und Alexia Heine eine Indiskretion zu konstruieren, sei skandalös frauenfeindlich und zeige die Verzweiflung der Initianten. Schliesslich sei die Beziehung bei allen Wahlen seiner Frau hinlänglich bekannt gewesen. Sie sei von den jeweiligen Wahlgremien auch nie als problematisch angesehen worden. Segert: «Davon zeugten auch die jeweils hervorragenden Wahlergebnisse meiner Frau.»

SVP geht in die Gegenoffensive

Doch die Geschichte dreht bereits. Jacqueline Badran nahm den Ball dankbar an. Gegen Ende der «Arena» sprach auch sie von «SVP-Filz» und kam auf das in der «Wochen-Zeitung» angedeutete Beziehungsgeflecht zu sprechen.

Die SVP hat die Signale mittlerweile gehört. Am Samstag ging der SVP-Präsident Marco Chiesa in die Gegenoffensive: In einem Interview mit den Tamedia-Zeitungen versuchte er, den Druck auf Berset zu erhöhen: Die Affäre sei Gift für die Demokratie, und Berset solle die Konsequenzen nun selber ziehen.

Für Cédric Wermuth kein Thema. Der Co-Präsident der SP zeigte sich in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF «felsenfest davon überzeugt», dass seine Partei Ende dieses Jahres mit Elisabeth Baume-Schneider und Alain Berset beide bisherigen SP-Bundesräte zur Wiederwahl vorschlagen werde. Er selbst werde – auch mit heutigem Kenntnisstand – Berset auf den Wahlzettel schreiben. Affären-Kaskade hin oder her, oder einmal mehr: Affaire à suivre.

Swissgrid warnt vor Abkoppelung des Schweizer Stromnetzes

Laut der Netzgesellschaft ist die Schweiz im europäischen Verbund besser gegen Mangellagen geschützt

DAVID VONPLON

Wäre die Stromversorgung stabiler, wenn die Schweiz ihr Stromsystem von Europa abtrennen würde? Diese Frage kam im vergangenen Jahr in Zusammenhang mit der Energiemangellagen wiederholt auf. So forderte die SVP etwa, die 41 grenzüberschreitenden Leitungen mit sogenannten Phasenschiebern zu versehen, um damit den Stromfluss in und aus dem Ausland zu steuern beziehungsweise begrenzen zu können.

In die gleiche Kerbe schlug vor kurzem auch der ehemalige Swissgrid-Manager Paul Niggli. Die Schweiz müsse sich vom ausländischen Netz trennen können, wenn in Europa die unmittelbare Gefahr eines Blackouts bestehe und die Schweiz mitgerissen werden

könnte, erklärte der frühere Chef des Krisenstabs der nationalen Netzgesellschaft unlängst gegenüber der NZZ. Die Schweiz sei dank den Speicherkraftwerken in den Bergen in der Lage, sich in einer kritischen Phase für ein paar Tage oder Wochen selber zu versorgen.

Simuliertes Szenario

Bei der Swissgrid hält man von den Ideen ihres früheren Mitarbeiters gar nichts. Ein solcher Inselbetrieb würde den sicheren Netzbetrieb und die Versorgungssicherheit gefährden, argumentiert die Netzgesellschaft. Um dies zu veranschaulichen, öffnete sie am Freitag die Türen zu ihrem Simulationsraum am Hauptsitz in Aarau. Dort stellt Swissgrid das Schweizer Stromsystem wie

auch Teile des europäischen Verbunds sowie deren Verbraucher, Leitungen und die Kraftwerke digital nach. Mithilfe des Simulators kann Swissgrid alle möglichen Störfälle und Notfallszenarien durchspielen – um dann im Ernstfall in der gebotenen Geschwindigkeit die richtigen Entscheidungen zu treffen. Beispielsweise, wenn es an einem kalten Wintertag zu einem Ausfall des Kernkraftwerks Leibstadt kommen würde – des grössten Kraftwerks in diesem Land.

Die entscheidende Grösse in einem solchen Szenario ist die Stromfrequenz, quasi der Herzschlag des Versorgungssystems. Fällt das Kraftwerk aus, sinkt sie unter 50 Hertz. Andere Kraftwerke müssen dann innert Sekunden ihre Leistung erhöhen. Andernfalls drohen in Teilen der Schweiz die Lichter auszugehen.

Die Simulation zeigt, dass eine Störung in Leibstadt praktisch keine Auswirkung auf das Schweizer Netz und ihre Verbraucher hat, solange die Schweiz ans europäische Verbundsystem angeschlossen ist. Der Frequenzabfall ist minim, weil automatisch in ganz Europa Kraftwerke einspringen. Die aktivierte Regelenergie fliesst über die 41 Grenzleitungen in die Schweiz und stabilisiert die Netzfrequenz umgehend.

Starker Frequenzabfall

Ein ganz anderes Bild zeigt sich im Szenario eines Inselbetriebs: Sofort sackt bei einem Ausfall von Leibstadt die Frequenz stark ab. Um das Netz stabil zu halten, wäre Swissgrid gezwungen, die Last von gut 20 Prozent der Stromver-

braucher abzuwerfen – was heisst, dass in Teilen der Schweiz der Strom ausfallen würde. Dank den vielen flexiblen Wasserkraftwerken würde der Strom zwar relativ rasch wieder fliessen. Doch würden bei einer länger anhaltenden Störung am Kernkraftwerk wohl bald wieder Versorgungsprobleme auftreten.

Swissgrid folgert daraus, dass die Schweiz auch in einer Mangellage besser geschützt wäre, wenn sie ans europäische Verbundnetz angeschlossen bleibt. Nicht nur sei die Schweiz im Winter auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen. Auch könnten durch den Austausch von Energie über die Landesgrenzen hinweg Stromengpässe in einzelnen Ländern überwunden und Überlastungen vermieden werden. Bleibt zu hoffen, dass es nie so weit kommt.